

"Europäisches Gericht zum Schutz der Menschenrechte" in Süddeutsche Zeitung (1. März 1949)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. 01.03.1949, Nr. 25; 5. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"europaisches_gericht_zum_schutz_der_menschenrechte"_in_suddeutsche_zeitung_1_marz_1949-de-d7ee856f-ee10-4a28-8313-5052f7d8fc14.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Europäisches Gericht zum Schutz der Menschenrechte

Aktive Teilnahme deutscher Vertreter bei Ausarbeitung der Vorschläge / Störversuche bei Churchills Rede

Brüssel, 28. Februar — „Die europäische Idee hat die Welt der Träume verlassen, um auf die Ebene der Realität zu treten“, mit diesen Worten eröffnete der belgische Ministerpräsident als Gastgeber und Ehrenpräsident der „Europäischen Bewegung“ deren erste Tagung, die vom 25. bis 28. Februar in Brüssel stattfand.

Zum Vorsitzenden des Rates wurde der französische Gewerkschaftsführer Léon Jouhaux gewählt.

Im Rat der europäischen Bewegung sind die 17 Nationen vertreten, die Mitglieder des OEEC (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa) sind, darunter Westdeutschland durch acht Delegierte. Außerdem nahmen ein Vertreter des Vatikans und je zwei im Exil lebende Spanier, Polen, Rumänen, Bulgaren, Tschechen, Ungarn und Jugoslawen an den Sitzungen teil. Die sachliche Arbeit der Tagung wurde durch eine politische Kommission geleistet, der von deutscher Seite Ministerpräsident Arnold (Nordrhein-Westfalen), Bürgermeister Brauer (Hamburg), Dr. Suhr (Berlin), Dr. Spieker (Frankfurt) und Kultusminister Teusch Düsseldorf angehörten, und durch eine Kommission für einen „Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte“. Beide Kommissionen tagten am Samstag und Sonntag bis spät in die Nacht hinein.

Die juristische Kommission kam schnell zu einem konstruktiven Vorschlag, an dessen Ausarbeitung Prof. Geiler (Heidelberg) aktiv beteiligt war. Der Vorschlag der Kommission wurde von der Vollversammlung des Rates angenommen. Danach soll durch Vereinbarung zwischen den europäischen Staaten ein gemeinsames Gericht geschaffen werden, vor dem außer den Regierungen auch Einzelpersonen und Gruppen erscheinen können, die durch ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohnsitz zu einem der Mitgliedsstaaten gehören. Aufgabe des Gerichts soll der Schutz der individuellen und sozialen Rechte wirtschaftlicher, politischer, religiöser oder anderer Art sein, wie sie in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen niedergelegt sind und die durch Rechtsprechung geschützt werden können und müssen.

Die politische Kommission stellte fest, daß nur Staaten an der europäischen Organisation teilnehmen können, die die fundamentalen Prinzipien der Menschenrechte angenommen haben und ihre Anwendung sicherstellen. Westdeutschlands gleichberechtigte Teilnahme wird in der EntschlieÙung besonders betont. Über das Ruhr-Statut heißt es, daß es kein Ausnahme-Regime bleiben darf, sondern einen Schritt zur Schaffung einer europäischen Gesamtorganisation der Schwer-Industrie darstellen muß.

Zwischen den Kommissionsberatungen fanden verschiedene Empfänge, so beim Prinzregenten Charles und beim Bürgermeister von Brüssel, sowie öffentliche Kundgebungen statt, bei denen neben vielen bekannten europäischen Persönlichkeiten immer wieder Winston Churchill und der belgische Ministerpräsident Spaak das Wort nahmen. Den Höhepunkt bildete eine Massenkundgebung unter freiem Himmel vor der Brüsseler Börse, an der etwa 10 000 Personen teilnahmen und die auch von einem Störtrupp von etwa 100 Kommunisten in ihrem erfolgreichen Ablauf nicht behindert werden konnte. Die Verhandlungssprachen der Tagung waren Englisch und Französisch. Nur Prof. Geiler wurde gestattet, seine Vorschläge mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Materie in deutscher Sprache zu machen. Winston Churchill erklärte bei seiner Rede vor der Brüsseler Börse unter anderem: „Die Hälfte Europas lebt zur Zeit in einem Gefängnis. Wir wollen ein Europa, das als große Macht den Wohlstand und den Frieden sichert.“ Die neue europäische Einheitsbewegung sei aus Mut, Intelligenz und Beharrlichkeit aufgebaut und stelle das alleinige Mittel zur Verhinderung eines weiteren Weltkrieges dar, der noch schlimmer als der letzte sein würde.

Die an der Tagung teilnehmenden deutschen Vertreter und die wenigen deutschen Journalisten wurden in Brüssel mit voller Gleichberechtigung und besonderer Höflichkeit behandelt. Im allgemeinen legten sich die deutschen Delegierten eine taktvolle Zurückhaltung auf. Eine belgische Zeitung hatte am Eröffnungstag des Kongresses einen Protest der belgischen „VVN“ gebracht. Es bedurfte jedoch keiner offiziellen Zurückweisung von deutscher Seite, da die belgische Presse am folgenden Tage Lebensläufe der deutschen

Delegierten brachte und darauf hinwies, daß diesen Deutschen wegen ihrer Haltung unter dem Naziregime der Respekt nicht versagt werden könne.

Bei der Schlußsitzung der Konferenz am Montag ergriff Ministerpräsident Arnold im Namen der deutschen Delegation das Wort und erklärte unter anderem, die deutschen Teilnehmer seien beeindruckt, daß Beschlüsse gefaßt worden seien, die über den nationalen Egoismus hinausgehen und den Weg in ein neues Europa weisen. Das gelte auch für das Ruhrstatut; der bisherige Charakter der Einseitigkeit solle in eine europäische Gemeinsamkeit umgewandelt werden.